
4697/AB XXIV. GP

Eingelangt am 30.04.2010

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für europäische und internationale Angelegenheiten

Anfragebeantwortung

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Susanne Winter, Kolleginnen und Kollegen haben am 2. März 2010 unter der Zl. 4774/J-NR/2010 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „des Vorfalls in Nag Hammadi“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4, 13 und 14:

Menschen wegen ihres Glaubens zu bedrohen, zu verfolgen und zu vertreiben, ist inakzeptabel. Religiösen Minderheiten muss effektiver Schutz geboten und die Täter zur Verantwortung gezogen werden.

Ich bin über den Vorfall in Nag Hammadi informiert und darüber zutiefst betroffen. In Reaktion auf diesen Vorfall trafen Mitarbeiter meines Ressorts in meinem Auftrag sowohl mit Vertretern der Kopten in Österreich als auch mit dem ägyptischen Botschafter zusammen. Gegenüber der Regierung von Ägypten wurde die große Sorge über den Vorfall von Nag Hammadi zum Ausdruck gebracht und dessen restlose Aufklärung gefordert. Dies wurde von ägyptischer Seite zugesichert, weiters wurde auf die bereits ergriffenen Maßnahmen, einschließlich Verhaftungen und laufendes Gerichtsverfahren gegen die mutmaßlichen Täter, verwiesen. In Kontakten Österreichs mit Mitgliedern der ägyptischen Regierung und ägyptischen Politikern werden die Frage der Religionsfreiheit und die Situation der koptischen Minderheit regelmäßig angesprochen. Die Österreichische Botschaft (ÖB) in Kairo verfolgt gemeinsam mit den Botschaften der anderen EU-Mitgliedstaaten die diesbezüglichen Entwicklungen genauestens.

Zu den Fragen 5 bis 12:

Die ägyptische Verfassung garantiert zwar Religionsfreiheit, in der Praxis werden Kopten jedoch wiederholt diskriminiert. Es kommt auch immer wieder zu Übergriffen und Gewalttaten.

Österreich hat den Vorfall von Nag Hammadi und allgemein die Situation der koptischen Minderheit bei der Überprüfung der Menschenrechtslage in Ägypten im Rahmen der „Universal Periodic Review“ (UPR) durch den Menschenrechtsrat am 17. Februar 2010 in Genf öffentlich thematisiert. Auch in diesem internationalen Rahmen hat die österreichische Seite die ägyptischen Behörden aufgefordert, die Bemühungen zur Verhinderung von Diskriminierung und Gewalt gegenüber religiösen Minderheiten zu intensivieren und die strafrechtliche Verfolgung von Personen wegen religiöser Hetze und Gewalt sicherzustellen. Weiters hat sich Österreich dafür ausgesprochen, dass Ägypten den interreligiösen Dialog und weitere Bildungsmaßnahmen verstärkt, um Toleranz innerhalb der Gesellschaft zwischen allen Religionen zu fördern.

Österreich ist seit mehreren Jahren ein Hauptbetreiber von Resolutionen des Menschenrechtsrates über Rechte von Minderheiten. 2007 wurde durch eine solche Resolution ein jährliches Forum für Minderheitenfragen ins Leben gerufen, um Dialog und Kooperation in Minderheitenfragen zu fördern und voranzutreiben.

Zu den Fragen 15 bis 21:

Österreich engagiert sich im Dialog der Kulturen und Religionen, um die Religionsfreiheit und das konfliktfreie Zusammenleben zwischen den Angehörigen der verschiedenen Religionen zu fördern. Im politischen Dialog der EU mit Ägypten im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) werden die Frage der Religionsfreiheit und die Situation der koptischen Minderheit regelmäßig thematisiert. Der Vorfall von Nag Hammadi wurde am 10./11. März 2010 beim letzten Treffen des „Unterausschusses zu politischen Angelegenheiten: Menschenrechte und Demokratie“ im Rahmen des Assoziierungsabkommens EU-Ägypten von der EU aufgebracht und eingehend besprochen.

Die EU unterstützt ein umfangreiches Programm im Bildungsbereich zur Reform der Lehrpläne und Lehrbücher an ägyptischen Schulen, das auch den Aspekt der Förderung religiöser Toleranz mit einbezieht. Der Schutz und die Einhaltung der Menschenrechte sind ein wichtiger Bestandteil des ENP-Aktionsplans zu Ägypten und auch eine Kernforderung der EU bei den derzeit laufenden Beratungen über eine Vertiefung der Beziehungen zwischen Ägypten und der EU.